

wir dabei bleiben, dieses Problem im Rahmen der Novelle der Landesbauordnung anzugehen oder ob wir vorab novellieren, weil Bauen mit Holz sechsgeschossig auch in Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich erlaubt werden soll. Wenn ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in diesem Haus generell gelten, haben wir eine Menge für unseren Klimaschutz getan. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU hat Herr Kollege Schemmer um das Wort gebeten. Das bekommt er natürlich auch.

Bernhard Schemmer (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der soeben geführten Diskussion kam ja die Frage der Nachhaltigkeit auf. Eigentlich war ich davon ausgegangen, dass die Nachhaltigkeit in diesem Haus, aber vor allen Dingen auch in der Forstwirtschaft unstrittig ist, sodass wir darüber weniger zu diskutieren brauchen. Wir müssen vielmehr darüber sprechen, warum Nordrhein-Westfalen beim Bauen mit Holz den letzten Platz belegt und wie man im Ergebnis eine Verbesserung erreichen kann.

Wir warten seit 2010, spätestens 2012 auf eine Novellierung der Landesbauordnung. Sie ist lange überfällig, das haben wir gerade an den Zwischenfällen gemerkt. Die Rauchmelderpflicht musste sofort kommen, obwohl viele andere Länder sie nicht hatten. Beim Bauen mit Holz jedoch muss man jetzt irgendeine Lösung finden – aber nicht so schnell, weil der Antrag von CDU und FDP kommt. Ich denke, so ist das keine gute Lösung.

(Zuruf von Minister Michael Groschek)

Ich empfehle: Halten Sie sich an Ihren eigenen Koalitionsvertrag! Darin steht:

„Wir wollen eine Steigerung der Holzverwendung aus heimischen Wäldern bei Neubau und im Bestand (Gebäudesanierung) erreichen, z. B. durch eine Novelle der Landesbauordnung.“

Diese Novelle ist lange überfällig. Gerüchteweise hört man von den Verbänden, dass in Ihrem Hause bei der Landesbauordnung mehr daran gearbeitet wird, etwas zu verkomplizieren, anstatt Lösungen zu finden, wie es besser geht. Aber bei dieser Landesregierung wundert sich niemand darüber, wenn die sich fragt: Wie kann man noch ein bisschen mehr Bürokratie hineinbringen?

Im Übrigen will ich in diesem Zusammenhang noch mal an Albert Schweitzer erinnern. Wie viele wissen, hat er Gutes getan. Er hat in Libreville in Gabun gewohnt.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Bernhard Schemmer (CDU): Er hat im Übrigen in einem Holzhaus praktiziert und einmal gesagt – das sollten Sie sich vielleicht merken –: „Keine Zukunft vermag gutzumachen, was du in der Gegenwart versäumst.“

Deswegen: Hören Sie auf, zu versäumen! Arbeiten Sie daran mit, die Landesbauordnung in diesem Punkt in Ordnung zu bringen! – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle Fraktionen haben sich zwischenzeitlich – wie Sie in der Debatte gehört haben – darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 16/6687 in der Fassung des Neudrucks** nicht direkt abzustimmen, sondern in Abänderung des Verfahrens an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** zu **überweisen**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Überweisung? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe auf:

4 Vorweggehen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6676

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Schmalenbach das Wort.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! In Norwegen wurden 2013 doppelt so viele E-Autos wie in Deutschland zugelassen, und das, obwohl Deutschland 16-mal so viele Einwohner hat. Neben den dortigen Subventionen ist sicherlich auch die vorhandene Ladeinfrastruktur ein Grund dafür. Wir hängen also wieder mal hinterher. Da stellt sich die Frage: Was können wir tun? Und wir machen uns Gedanken darüber, was für uns möglich ist.

Elektromobilität kommt nicht von alleine voran. Wer sie will, der muss etwas dafür tun. Momentan kann man nicht sagen, dass die Elektromobilität CO₂-mäßig vorne liegt. Im Gegenteil: Das hält sich etwa die Waage mit dem normalen mobilen Individualverkehr. Aber mit Fortschreiten der Energiewende

wird sich der Strommix positiv verändern, sodass es einen Vorteil der E-Mobilität geben wird.

Wenn das so kommt – und das wird so kommen –, dann sollten wir dafür gewappnet sein, dann sollten wir diesen Vorteil nutzen. Und wenn wir den Vorteil nutzen wollen, dann sollten wir Einfluss nehmen. Daher rührt dieser kleine, feine Antrag, den wir gerne in den Ausschüssen besprechen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmalenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Piraten haben aus der Anhörung zum CDU-Antrag „Elektromobilität ermöglichen“ einen Punkt herausgenommen und nun in einen speziellen Antrag gekleidet. Das ist nicht sonderlich originell,

(Beifall von der CDU)

weil es noch nicht mal zu einer Auswertung der Anhörung gekommen ist. Das finde ich ein bisschen problematisch, weil letztlich genau die Aspekte, die Sie hier gerade angesprochen haben, Herr Schmalenbach, in der Anhörung ausführlich zur Sprache gekommen sind und man sich daher im Ausschuss in Ruhe damit befassen sollte – und zwar mit einem ganzheitlichen Blick –, wie man mit dem Thema umgeht. Wir attestieren diesem Antrag also wenig Ernsthaftigkeit, werten ihn eher als einen Versuch, sich populistisch auf dieses Thema draufzusetzen, was wir als wenig hilfreich betrachten.

In der Anhörung selber sind ja einige Fragestellungen aufgeworfen worden, die es lohnt zu vertiefen. Das betrifft zum Beispiel die Frage der Standards von Ladestrukturen oder auch die Frage, inwieweit es Sinn macht, im Vorhinein Infrastruktur zu installieren, wenn hiermit möglicherweise Fehlinvestitionen adressiert werden. Von daher glaube ich, das Thema lohnt eine intensivere Debatte, um eine entsprechende Konzeption für das Land zu entwickeln.

Ich will Ihnen am Beispiel Wuppertals mal deutlich machen, wie absurd eine entsprechende Quote für Landesbehörden wäre. Wenn Sie in Wuppertal-Lichtscheid 10 % der Parkfläche mit Elektromobilitätsladezonen verbinden, hat das keinerlei Vorbildcharakter, weil der Publikumsverkehr dort relativ gering ausgeprägt ist und niemand vom Jugendknast in Ronsdorf abends sein Auto zum Laden nach Lichtscheid fahren würde.

Oder nehmen Sie das Finanzamt in Elberfeld, mitten in der Innenstadt, umgeben von Parkhäusern, wo bereits vom örtlichen Energieerzeuger Ladestationen für die öffentliche Nutzung bereitgestellt wer-

den. Insoweit gibt es hier keine Anreize mehr für eine Vorbildfunktion.

Wir werden das Thema im Ausschuss noch intensiver miteinander bewegen können. Herr Kufen, ich bin sehr gespannt, ob wir in der Frage der Anschaffung von Flotten für das Land möglicherweise mal zu einer sachgerechten Einschätzung kommen. Wir hatten ja schon in der Frage des grünen Stroms für Landeseinrichtungen recht heftige Debatten über die Sinnhaftigkeit und die Frage, ob es richtig ist, das zu tun. Wir sehen der Debatte um die Kosten, die damit entstehen würden, entgegen. Ich freue mich auf die Aussprache im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kufen.

Thomas Kufen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat kam uns einiges bekannt vor. Auch die Piraten beschäftigen sich jetzt mit dem Thema „E-Mobilität“. Aber angesichts des vorliegenden Antrags muss ich sagen, dass Sie die Breite der Themen in der sehr umfangreichen Anhörung zum Antrag der CDU-Fraktion vom Januar offensichtlich nicht mitbekommen haben. Eigentlich hätten Sie alle Sachverständigen in der Anhörung fragen können – aus der Wirtschaft, aus der Wissenschaft, Müller, Meier oder Schulze –, alle hätten Ihnen sagen können, dass Ihr Ansatz, nämlich die Schaffung von Parkplätzen für E-Mobilität an landeseigenen Gebäuden quasi planwirtschaftlich mit Festlegung einer Quote, am Ende nicht die gewünschten Erfolge bringen wird.

Das deckt sich übrigens auch mit der Begleitforschung „Infrastruktur und Netze“ im Modellregionenprogramm des Bundesverkehrsministers, an dem Nordrhein-Westfalen mit der Modellregion „Elektromobilität Rhein-Ruhr“ beteiligt ist. Diese Modellregionen zeigen, dass der Aufbau einer Ladeinfrastruktur bedarfsgerecht erfolgen muss. – Genau das widerspricht Ihrem Antrag.

Deshalb können wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen. Es macht nämlich keinen Sinn, beliebig eine Infrastruktur aufzubauen, die möglicherweise gar nicht genutzt wird.

Wir sehen nämlich auch, dass wir bereits in Nordrhein-Westfalen einen großen Anteil von Ladeinfrastruktur durch Steckdosen und Wallboxen – auf privatem, wenn auch auf nicht öffentlich zugänglichem Grund – haben. Damit decken wir den Bedarf. Der zweite Schritt muss jetzt sein, auf privaten, öffentlich zugänglichen Flächen die Ladeinfrastruktur Schritt für Schritt, Hand in Hand auszubauen. Das können zum Beispiel Parkhäuser und Parkplätze bei Ein-

kaufszentren sein. Auch das berücksichtigen Sie in Ihrem Antrag nicht.

Das Elektromobilitätsgesetz, das 2015 in Kraft treten soll, gibt den Kommunen übrigens weitere Hebel in die Hand, mittels einer Privilegierung von elektrifizierten Fahrzeugen entsprechende Lage-möglichkeiten im öffentlichen Raum vorzuhalten. Auch das klammern Sie völlig aus und halten sich starr an eine Quote bzw. ein planwirtschaftliches System. Insofern können wir in dieser Frage nicht mitgehen.

Viel spannender ist doch eigentlich die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit den Erkenntnissen aus der Anhörung vor, die Sie offensichtlich bisher noch nicht wahrgenommen haben? Für Lob in Richtung Landesregierung besteht in der Tat kein Anlass. Deshalb werden wir uns mit den entsprechenden Fragen noch weiter auseinandersetzen müssen. Denn Fakt ist auch: Beim Thema „Elektromobilität“ gibt es aktuell kein wirtschaftliches Geschäftsmodell. Deshalb ist es umso wichtiger, dass auch die öffentliche Hand bzw. die öffentliche Verwaltung eine Vorbildfunktion übernimmt.

Dazu müssen wir feststellen, dass Nordrhein-Westfalen bis 2010 zwar durchaus taktgebend war. Mittlerweile haben uns aber andere Bundesländer ein- bzw. überholt. In Hessen zum Beispiel gibt es eine Unterstützung der dortigen Handwerkskammern. Das betrifft Projekte für Handwerksbetriebe. Die Anschaffung von E-Autos wird erleichtert. In Thüringen und Bayern sowie auch im grün-rot regierten Baden-Württemberg gibt es mehr Engagement und mehr Ideen als in Nordrhein-Westfalen.

Vielleicht kann uns der Landesverkehrsminister gleich einmal einen Überblick geben, wie viele E-Autos in der Landesverwaltung, in den nachgeordneten Behörden und bei der Landesregierung mittlerweile im Einsatz sind. Ich glaube, wir beide sind uns einig: Es sind zu wenig. Deshalb müssen wir an der Stelle mehr tun.

Dabei gibt es, meine Damen und Herren, mittlerweile sehr vielversprechende positive Beispiele auch gerade in Nordrhein-Westfalen. Prof. Dudenhöffer mit seinem Projekt „RUHRAUTOe“ hat schon vor zwei Jahren begonnen. Des Weiteren stellen wir fest, dass Carsharing insgesamt – gerade in den Ballungszentren – durchaus boomt. Ob „Car2Go“ oder „DriveNow“: Der Ausbau von E-Flotten wird dort immer stärker mit einbezogen. Gerade deshalb ist es wichtig, die steigende Fahrzeugzahl auch mit dem Aufbau von privaten und halböffentlichen Ladeinfrastrukturen zu verknüpfen. Das soll, wie gerade erwähnt, zum Beispiel bei Supermärkten oder Parkhäusern – da, wo sie eben gebraucht werden und wo die Fahrzeuge stehen – geschehen. Es sollte eine öffentliche Ladeeinrichtung nicht nur deshalb vorgehalten werden, weil es sich um ein öffentliches Gebäude handelt.

Das Thema „E-Mobilität“ ist nicht nur für die großen Städte von Bedeutung. Wir haben uns sehr gefreut, dass gerade das im ländlichen Raum stattfindende Projekt „E-ifel mobil – E-Carsharing auf dem Land“ im Rahmen des bundesweiten Innovationswettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen 2014“ zu einem der 100 Preisträgern gehört.

Ich finde diese Beispiele sehr ermutigend. Auch die Universität Münster mit ihrem Ladekonzept im privaten Umfeld erprobt Potenziale für Schnellladungen wie den „Tesla Supercharger“ in Kamen. Es gibt viele Bereiche. Leider kommt das alles in Ihrem Antrag nicht vor.

Wir können uns der Überweisung nicht verschließen. Aus meiner Sicht werden Sie mit Ihrem Antrag der Vielfalt der Debatten, die wir gerade bei der Anhörung hier im Landtag erlebt haben, nicht gerecht. Das bedauern wir als CDU-Fraktion sehr. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Dr. Beisheim.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Einschätzungen der Herren Kollegen Bell und Kufen nur anschließen. Auch ich empfinde diesen Antrag als reinen Aktionismus. Sie haben sich nur einen Teilaspekt dieser großen Anhörung zum Thema „Elektromobilität“ herausgegriffen. Trotzdem haben Sie auch diesen kleinen Einzelfall letzten Endes nicht zu Ende gedacht. Aus meiner Sicht liegt das sicherlich auch daran, dass wir die Anhörung noch nicht ausgewertet und gemeinschaftlich noch nicht darüber diskutiert haben.

Ich möchte an dieser Stelle den Diskussionen im Ausschuss nicht vorgreifen, aber einen Teilnehmer an der Anhörung, und zwar den Deutschen Städtetag, zitieren. Von dem hätten Sie – wenn Sie seine Ausführungen denn gelesen hätten – den entscheidenden Hinweis bekommen können. Er stellte fest, dass die Ladeinfrastruktur sicherlich ein Henne-Ei-Problem ist. Das ist, Herr Kollege Schmalenbach, dort ja diskutiert worden.

Die Ladeinfrastruktur muss koordinativ wachsen. Dieses koordinative Wachstum müssen wir im Prinzip noch sicherstellen. Dazu gehört zum einen die Verständigung über die bloße Ladetechnik, sicherlich aber auch die Verständigung über die Vernetzbarkeit der Systeme. Das gilt insbesondere dann, wenn Sie die Ladeeinrichtungen, wie in Ihrem Antrag geschildert, der Allgemeinheit öffentlich zugänglich machen wollen.

Um Fehlinvestitionen zu vermeiden – das hat auch Herr Kufen angedeutet –, brauchen wir letzten En-

des eine Verständigung über eine Strategie beim Ausbau der Ladeinfrastruktur, besonders wenn wir flächendeckend denken. Wir müssen aber natürlich auch über Nordrhein-Westfalen hinaus denken. Es darf nichts an den tatsächlichen Bedarfen vorbei geschehen. Das heißt, der Ausbau der Ladeinfrastruktur muss sich am technischen Fortschritt, bezogen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, orientieren. Viele andere Dinge müssen aber auch Schritt halten. Das gilt sicherlich auch für die Möglichkeiten, welche die digitale Welt bietet. Letzten Endes geht es aber auch um den Ausbau der E-Mobilität insgesamt.

Ich denke, dass wir dieses Teilproblem – aber auch die anderen wichtigen Dinge, die Herr Kollege Kufen angerissen hat – im Ausschuss diskutieren werden. Die Auswertung der Anhörung steht kurz bevor. Auch ich freue mich auf die Diskussionen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Beisheim. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schmalenbach, auch ich muss leider sagen, dass der Antrag der Piratenfraktion an der Stelle zu kurz gesprungen ist.

(Zuruf von den PIRATEN: Oh!)

– Das ist ja schon mehrfach gesagt worden. Es wäre gut, wenn Sie sich das auch zu Herzen nähmen und nicht nur in dieser Art und Weise kommentieren würden.

(Beifall von der FDP)

Denn dieser Schnellschuss, der noch schnell zwischen der Vorlage des Protokolls der Anhörung und der Plenardebatte entsprechend der Einreichungsfrist eingebracht wurde, greift wirklich nur einen geringen Teilaspekt der Anhörung und des Themas auf. Deshalb ist Ihr Antrag in der Form auch nicht zustimmungsfähig. Er ist zu kurz gesprungen, und er geht in einem Punkt auch völlig an der Realität vorbei.

Das ist ja schon mehrfach gesagt worden: Wenn wir die Parkflächen einrichten, dann muss dies bedarfsgerecht geschehen und nicht Pi mal Daumen, wie das in Ihrem Antrag vorgesehen ist. Denn man muss ja auch eines sehen – das wird sicherlich auch der Bauminister gleich noch sagen können – : Wir haben nur sehr wenig Parkraum zur Verfügung. Den müssen wir meines Erachtens sehr gut einsetzen. Denn wir müssen und wollen ja auch Behindertenparkplätze einrichten. Wenn wir jetzt für Elektromobilität große Flächen vorhielten, würde nachher unter dem Strich Parkraum kaum noch für den „ein-

fachen“ Bürger zur Verfügung stehen. Das kann eigentlich auch nicht unser Ziel sein.

(Beifall von der FDP)

Was mir an Ihrem Antrag auch gar nicht gefällt – da kann ich auch nicht zustimmen –, ist, dass Sie unter Punkt II fordern, dass das Land Nordrhein-Westfalen selbst die Einrichtung und den Betrieb der Ladestationen vornimmt. Ich meine, der BLB ist mit Sicherheit nicht der geeignete Ladestationenbetreiber.

(Beifall von der FDP)

Wir haben sicherlich andere Unternehmen im Land, Energieversorger und andere, die dazu besser in der Lage sind.

Die Kosten sollten wir auch nicht außer Acht lassen. Man hat die Damen und Herren des Hauses hier schon oft und in der Regel zu Recht dafür kritisiert, dass die Baukosten ins Exorbitante steigen. Wenn wir selbst jetzt neue Forderungen aufstellen, sorgen wir selbst dafür, dass auch in Zukunft entsprechende Vorgaben finanzieller Art nicht eingehalten werden können. Angesichts der heute auch debattierten Haushaltslage wäre das der falsche Ansatz.

Lassen Sie mich zum Schluss zu dem Thema sagen, dass wir meines Erachtens mit der Anhörung und dem Antrag der CDU-Fraktion eine gute Basis für die weitere Beratung haben.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir versuchen würden, eine gemeinsame Position des Landtages zu finden. Wir haben das im Energiebereich vor einigen Jahren schon einmal gemacht zum Thema „Geothermie“. Auch das war relativ unpolitisch. Es ist von allen Seiten gelobt worden, dass man sich dort auf gemeinsame Positionen verständigt hat.

Ich sehe wohl einen kritischen Punkt. Die Forderung in Richtung Bund, dass die Anschaffung von Elektrofahrzeugen subventioniert werden soll, würde wohl hier im Hause nicht die Unterstützung aller finden.

Deshalb: Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, zum Thema „Elektromobilität“ eine Position zu finden, die auf Nordrhein-Westfalen zugeschnitten ist, auf das, was wir hier im Land tun können. Dann, glaube ich, können wir mit einer gemeinsamen Position auch viel nach außen bewirken und das Thema auch wirklich voranbringen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wäre wirklich schön, Herr Kollege Brockes, wenn es zu einer solchen neuen Gemeinsamkeit käme. Denn gerade an dieser Stelle gab es ja auch schon fundamentalen Streit um die Frage: Wer hat zu ver-antworten, dass wir kein Schaufenster Elektromobilität bekommen haben, sondern jetzt ein etwas anderes Modellprojekt in abgespeckter Version haben? – Von daher: herzlich gerne aus Sicht der Landesregierung mehr Gemeinsamkeit in diesem Punkt.

Ich finde, es ist hinreichend klar geworden, dass der Antrag der Piraten gut gemeint ist, aber zu schnell geschrieben wurde, weil er manche Aspekte der Anhörung überinterpretiert.

Beispielsweise Herr Kiel, der Vertreter des Städte-tages, hat ja gerade darauf hingewiesen, dass die Parallelität von Fahrzeugwachstum und Infrastruk-turwachstum gewährleistet bleiben muss, damit die öffentliche Hand keine Fehlinvestitionen tätigt. Das finde ich bemerkenswert richtig.

Herr Wilke vom Wuppertal Institut hat ebenfalls – ich zitiere ihn sinngemäß – darauf hingewiesen, dass vorwiegend gerade auf Privatflächen und am Arbeitsplatz Lademöglichkeiten nachgefragt werden und nicht vorrangig im öffentlichen Raum. Auch das ist ein Hinweis, wo Investitionen sinnvoll sind und wo sie möglicherweise weniger nachfrageadäquat sind.

Dr. Baumann von der EnergieAgentur plädiert wie-derum für Demonstrationsprojekte. Das ist genau die Frage: Inwieweit kann die öffentliche Hand, also in unserem Fall Kommunen und Land, Vorreiter-funktionen übernehmen?

Die Landesregierung ist dabei, das so zu sondieren, dass es auch praxistauglich ist. Wir haben viel zu sehr darauf gesetzt, dass bei den Verkehrsbetrie-ben und bei den einzelnen Ministerien, auch in manchen Rathäusern, Vorzeigefahrzeuge an-geschafft wurden, die dann zwar fotogen waren, aber wenig Kilometer Fahrleistung im Alltag ge-bracht haben. Das, meine ich, müssen wir noch einmal selbstkritisch reflektieren und nach vorne orientiert sagen, wo solche Demonstrationsprojekte Sinn machen, damit sie auch einen Multiplikatoreffekt haben können.

Die Ergebnisse der Begleitforschung des Bundes-verkehrsministers mit unserer Modellregion haben Sie angesprochen, Herr Kufen. Auch da kam ja die Erkenntnis: Die Ladeinfrastruktur wächst eben mit dem Fahrzeugangebot, mit dem Fahrzeugbestand. Das spiegelt sich eigentlich in allen Hinweisen der Experten.

Das neue Elektromobilitätsgesetz der Bundesregie-rung wird ja auch neue Spielräume für die Kommu-nen bringen. Wir werden ja dann genau die Diskus-sionen haben, die Herr Brockes angesprochen hat: Für wen ist denn das Prinzip Platz da vorrangig? Ist

das für die Elektromobilität, oder ist das für die Zweirad- bzw. die Nahmobilität?

Aus meiner Sicht ist es bei der Perspektive eines gemeinsamen Standpunktes wichtig, darauf zu ach-ten, dass wir verknüpfen und vernetzen und nicht eindimensional sagen, die Elektromobilität auf vier Rädern sei im Grunde das Zukunftsmodell. Viel-mehr sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass der größte Nachfrageschub bei der Elektromobilität in diesem Jahrzehnt ein zweirädriger ist und wahr-scheinlich auch bleiben wird. Es gibt durchaus erst zu nehmende Hinweise, die darauf spekulieren, dass die Elektromobilität von der deutschen Autoin-dustrie nicht ganz ernst genommen werde, dass es nur ein Schadstoffdämpfer sei und dass es kein wirkliches Massenmobilisierungsmittel sein solle.

In dieser Hinsicht müssten wir sicherer werden, da-mit wir nicht auf das falsche Pferd setzen. Denn die ersten Autokonzerne haben bereits deutlich ge-macht, dass ihre Elektromobilität in Wirklichkeit die Wasserstofftechnologie sein wird, die in zehn Jah-ren voraussichtlich alltagstauglich sein wird. Bevor wir dann als öffentliche Hand in den blauen Dunst hinein investieren, sollten wir investitionssicherer werden. Wir sollten uns gemeinsam darüber freuen, dass ein innovatives südwestfälisches Unterne-hmen einmal mehr elektromobile Geschichte ge-schrieben hat. Der MENNEKES-Stecker ...

(Heiterkeit)

Der MENNEKES-Stecker ist ...

(Thomas Kufen [CDU]: Keine Gerüchte hier!)

– Ich kenne Herrn Mennekes nicht.

(Heiterkeit – Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Der MENNEKES-Stecker ist der Europa-Standard, und das finde ich ganz toll. Jedenfalls ...

(Heiterkeit – Zuruf)

– Noch nicht.

Wir nehmen Ihre Einladung zur Gemeinsamkeit an.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. Ich hätte mir jetzt gerade zum ersten Mal erlaubt, Ihnen zu sagen, dass Ihre Redezeit beendet ist, um Sie aus der Verlegenheit zu holen. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schmalenbach.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Zunächst einmal vielen Dank für den sympathischen Auftritt, Herr Minister Groschek. Das Thema „MENNEKES-Stecker“ können wir vielleicht noch einmal im Ausschuss ver-tiefen.

Das Angebot wächst mit dem Fahrzeugbestand, haben Sie gerade gesagt. Ja, verdammt noch mal, genau das ist das Problem: Das Angebot folgt dem Bestand der Fahrzeuge. Und viele Leute – auch das ist ein Problem – kaufen das Auto nicht, weil diese Steckdoseninfrastruktur nicht vorhanden ist. Deswegen sehe auch ich momentan noch davon ab, ein Elektroauto zu kaufen. Also muss man doch versuchen, mit dem Angebot der Infrastruktur vorwegzugehen.

Herr Brockes ist wie immer lustig. Er sagte, das sei ein Schnellschuss gewesen. Nein, das war es überhaupt nicht. Der Antrag lag ungefähr ein halbes bis ein Dreivierteljahr auf Halde. Der Anlass, ihn jetzt einzubringen, war tatsächlich die Podiumsdiskussion des Landesverbandes Erneuerbare Energien, in der dieses Thema noch einmal aufgekommen ist. Danach haben wir uns überlegt, den Antrag doch einzubringen.

(Zuruf: Jawohl!)

Das hatte mit der Anhörung selbst nicht so viel zu tun.

(Thomas Kufen [CDU]: Das merkt man!)

Dass das in der Anhörung klar wurde ...

(Zuruf von Dr. Birgit Beisheim [GRÜNE])

– Das ist auch kein Problem. Mir wurde auch vorgeworfen, das sei der Breite der Anhörung nicht gerecht geworden. Das war nicht das Ziel dieses Antrages – überhaupt nicht und zu keinem Zeitpunkt. Das Ziel war es, sich tatsächlich diesen Aspekt zu picken und zu sagen: Da können wir vorweggehen. Da können wir etwas tun. Damit können wir das Ding ein bisschen anschieben. – Das Anschieben – das habe ich gerade schon gesagt – ist ein Problem.

Zur Planwirtschaft. Das ist großartig. Das ist ein tolles Argument, mit dem jeder versucht, alles totzumachen. Wir reden hier aber nicht von Planwirtschaft, sondern wir reden von einem Zubau von 10 % der Parkplätze in fünf Jahren. Also, das ist allenfalls ein Anschub. Wir reden nicht davon, dass wir danach noch weiter gehen. Vielmehr reden wir davon, damit Anreize zu schaffen und zu versuchen, auch die Angestellten zu erreichen. Es wird immer wieder mit Arbeitsplätzen und Firmen argumentiert, wo diese Steckdosen fehlen. Arbeiten beim Land keine Leute, die dort einen Parkplatz hätten und gegebenenfalls ein E-Fahrzeug fahren könnten? – Anscheinend nicht. Hier wird nur mit den Besucherzahlen argumentiert. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Sie sagten, es mache keinen Sinn, Steckdosen aufzustellen. Frau Beisheim hat selbst gesagt, wir hätten ein Henne-Ei-Problem. Wenn wir diese Steckdosen nicht aufstellen, kauft keiner ein E-Fahrzeug bzw. der Verkauf geht langsam voran. Und wenn wir die Fahrzeuge nicht kaufen – das haben Sie ge-

rade gesagt –, dann werden wir auch keine Steckdosen brauchen.

Die Idee mit dem wasserstoffgetriebenen Auto halte ich für einen gangbaren und guten Weg. Ich kann jedoch das eine tun, ohne das andere zu lassen. Deshalb wüsste ich nicht, warum ich sagen sollte, dass ich die Infrastruktur dafür nicht aufbaue.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Weil man dann zwei Infrastrukturen braucht!)

Sie sagten, es gebe überall Ideen. Woanders gebe es mehr Ideen, hat Herr Kufen gesagt. Ja, dann bringen wir diese Ideen doch auf den Tisch. Dann lassen Sie uns das doch einmal umsetzen und vorweggehen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt offensichtlich auch so. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 16/6676** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend – sowie mitberatend an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Die abschließende Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Nein. Möchte sich jemand enthalten? – Auch nicht. Dann haben wir auch in diesem Fall so verfahren.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6192

erste Lesung

Die **Einbringung** des Gesetzentwurfes erfolgt nicht mündlich, sondern die **Rede** von Herrn **Minister Jäger** wurde **zu Protokoll** gegeben. (Siehe Anlage 1) Eine Aussprache war sowieso nicht vorgesehen, sodass wir jetzt gleich zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung kommen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/6192** an den **Innenausschuss**. Möchte jemand widersprechen oder sich enthalten? – Beides nicht. Dann ist der Ge-